



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2012

---

**Buchwertkonsolidierung - Auslaufmodell oder Normalfall? :  
Rechnungslegung von Konzernen nach Art. 963b revOR**

Eberle, Reto

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-170900>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Eberle, Reto (2012). Buchwertkonsolidierung - Auslaufmodell oder Normalfall? : Rechnungslegung von Konzernen nach Art. 963b revOR. Der Schweizer Treuhänder, (11):896-900.

Wie ein Blick auf alte und neue Gesetzesrevisionen zeigt, tut sich der Gesetzgeber schwer mit der fortschrittlichen Modernisierung der Bestimmungen zur Konzernrechnung. Diese ist einmal mehr gescheitert.

RETO EBERLE

## BUCHWERTKONSOLIDIERUNG – AUSLAUFMODELL ODER NORMALFALL?

### Rechnungslegung von Konzernen nach Art. 963 b revOR

#### 1. ZWECK DER BESTIMMUNG

Im Überblick und daher ohne Anspruch auf Vollständigkeit wird in diesem Abschnitt auf die Bestrebungen des Gesetzgebers im Zusammenhang mit der Konzernrechnung eingegangen, um mit der Entstehungsgeschichte den Zweck der Bestimmungen zur Konzernrechnung zu ergründen.

Die Pflicht zur Erstellung einer Konzernrechnung mag heute unbestritten sein. Ein Blick zurück in die jüngere Vergangenheit zeigt, dass dem vor vierzig Jahren nicht so war: Mit der Botschaft über die Revision des Aktienrechts vom 23. Februar 1983 wurden dem Parlament als wichtige Neuerung u. a. erstmals folgende Bestimmungen zur Konsolidierung unterbreitet:

#### VI. Konzernrechnung

##### Art. 663 d (neu) Obligationenrecht

<sup>1</sup>Fasst die Gesellschaft durch Stimmenmehrheit oder auf andere Weise eine oder mehrere Gesellschaften unter einheitlicher Leitung zusammen (Konzern), so erstellt sie eine konsolidierte Jahresrechnung (Konzernrechnung).

Unter dem Titel «Die Entwicklung der Rechtswirklichkeit in der Schweiz» wird in der Botschaft vom 23. Februar 1983 auf das Entstehen von Grossgesellschaften und auf die Bedeutung des Aktienrechts hingewiesen:

«Das Aktienrecht ist zur Regelung der Grundordnung solcher Grossgesellschaften bestens geeignet und leistet zur Entstehung von Grossunternehmen einen wesentlichen Beitrag.» [1]

An derselben Stelle ist von der «Konzernierungsfähigkeit» der Aktiengesellschaft und von deren Eignung zur Durchführung von «Konzernierungsmassnahmen» die Rede. Interessanterweise war beabsichtigt, Konzerne in einer weite-

ren Gesetzesrevision zu behandeln. Mit dem Ziel, die Transparenz zu erhöhen, enthielt der Gesetzesentwurf folgerichtig die oben aufgeführten Bestimmungen.

Die Botschaft wies darauf hin, dass ein Jahresabschluss einer Muttergesellschaft nicht aussagekräftig ist und dass damit ein Bilanzleser keinen Einblick in die Ertragslage und die Eigenkapitalausstattung erhält.

«Es ist daher zu fordern, dass das Gesamtunternehmen, das sich über mehrere Gesellschaften erstreckt, gesamtheitlich Rechnung ablegt. Dies ist die Aufgabe der Konzernrechnung.» [2]

Die Pflicht zur Erstellung einer Konzernrechnung wurde begründet mit der Tatsache, dass der im Vorentwurf von 1975 enthaltene, auf Freiwilligkeit basierende Ansatz auf Kritik gestossen war [3].

Das Fehlen einer genauen Definition eines Konzerns wird durch die in Aussicht stehende Konzernrechtsgesetzgebung, die freilich bis heute nicht erfolgt ist, begründet. Immerhin wird mit Bezug auf deutsche und europäische Gesetzesvorschriften die einheitliche Leitung erläutert und darauf hingewiesen, dass eine solche vorliegt, wenn die Muttergesellschaft die Unternehmenspolitik der Tochter bestimmen kann (was am deutlichsten im Finanzbereich zu erkennen sei). Die zur Anwendung gebrachten Mittel sind vielfältig und können daher im Gesetz nicht abschliessend aufgezählt werden.

Nachdem die Pflicht zur Erstellung einer Konzernrechnung dergestalt formuliert wurde, ging es in einem zweiten Schritt um die Umsetzung. In der Botschaft wurden Konsolidierungstechnik, Konsolidierungsvorschriften und Rechnungslegung in einem Atemzug genannt. Im Gesetzesentwurf wird dann der Begriff «Konsolidierungsregeln» verwendet:

##### Art. 663 d (neu) Obligationenrecht

<sup>2</sup>Die Konzernrechnung untersteht den Grundsätzen ordnungsmässiger Rechnungslegung.

<sup>3</sup>Im Anhang zur Konzernrechnung nennt die Gesellschaft die Konsolidierungsregeln. Weicht sie davon ab, so weist sie im Anhang darauf hin und vermittelt in anderer Weise die für den Einblick in die Vermögens- und Ertragslage des Konzerns nötigen Angaben.

In der Botschaft wird erwähnt, dass es den Gesellschaften



RETO EBERLE, PROF. DR. OEC., DIPL. WIRTSCHAFTSPRÜFER, PARTNER, A.O. PROFESSOR FÜR AUDITING AND INTERNAL CONTROL, UNIVERSITÄT ZÜRICH, MITGLIED DER FER-KOMMISSION, KPMG AG, ZÜRICH

überlassen ist, die Konsolidierung zu regeln. Dazu gehört natürlich auch die Rechnungslegung, zu der sich nur eine Aussage findet:

«Die Gesellschaften können namentlich bestimmen, ob gestützt auf Buchwert oder auf Tageswerte konsolidiert werden soll.» [4]

Grenzen werden den Gesellschaften nur durch die Grundsätze ordnungsmässiger Rechnungslegung gesetzt. In Anbetracht der damals noch nicht existierenden oder nicht verbreiteten Rechnungslegungsstandards wie Swiss GAAP FER oder IFRS (IAS) war dieses dynamische Konzept sicherlich sinnvoll.

Die am 4. Oktober 1991 verabschiedete und sich per 1. Juli 1993 in Kraft befindliche Fassung der Konsolidierungspflicht und der Konsolidierungsregeln entspricht der Botschaft vom 23. Februar 1983. Geändert wurde die Nummerierung: Pflicht zur Erstellung einer Konzernrechnung ist in Art. 663 e Abs. 1 des *Obligationenrechts* (OR) enthalten, die Konsolidierungsregeln resp. die Rechnungslegung in Art. 663 g Abs. 1 OR. Ergänzt wurde der Gesetzesentwurf von 1983 durch die in Abs. 2 von Art. 663 e OR enthaltene Befreiung von der Pflicht zur Erstellung einer Konzernrechnung aufgrund von Grössenkriterien und die in Abs. 3 enthaltenen Tatbestände, die dennoch eine Konzernrechnung erforderlich machen. Art. 663 d Abs. 2 und 3 des Gesetzesentwurfs entsprechen Art. 663 g OR.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass mit den 1991 verabschiedeten Bestimmungen erstmals Regelungen zur Konzernrechnung ins Gesetz Eingang gefunden haben. Dies stellte aus damaliger Sicht ohne Zweifel einen grossen Fortschritt dar. Gleichwohl schien die Frage nach den geeigneten Rechnungslegungsstandards für Konzernrechnungen die Gemüter schon kurz darauf wieder zu bewegen: Am 18. Dezember 1995 setzte das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement eine Expertenkommission für die Ausarbeitung neuer gesetzlicher Vorschriften über die Rechnungslegung und Berichterstattung von Unternehmen (sowie über die fachlichen Anforderungen an besonders befähigte Revisoren) ein. Die Entwicklungen im internationalen Umfeld haben Anlass zur Einsetzung dieser Expertenkommission gegeben: So waren die 1., 4. und 7. EG-Richtlinie zu berücksichtigen, aber auch die zunehmende Verbreitung der – damals so bezeichneten – IASC-Normen. Es versteht sich, dass die oben aufgeführten Bestimmungen des Aktienrechts zur Konzernrechnung ebenfalls Gegenstand der Arbeit der Expertenkommission bildeten.

Im Hinblick auf die Bestimmungen zur Konzernrechnung im revidierten Rechnungslegungsrecht lohnt es sich, den von der Expertenkommission vorgeschlagenen Wortlaut zu analysieren:

### 3. Kapitel: Die konsolidierte Rechnung

#### Art. 38 Pflicht zur Erstellung

<sup>1</sup>Kontrolliert eine rechnungslegungspflichtige juristische Person eine oder mehrere weitere rechnungslegungspflichtige oder diesen entsprechende ausländische Organisationen, so hat sie neben dem Einzelabschluss für die Gesamtheit der Gruppe eine konsolidierte Rechnung zu erstellen.

<sup>2</sup>Eine juristische Person kontrolliert eine Organisation, wenn sie direkt oder indirekt:

- a. über die Mehrheit der Stimmen im obersten Organ verfügt, oder
- b. über das Recht verfügt, die Mehrheit der Mitglieder des obersten Geschäftsführungsorgans zu bestellen, oder
- c. kraft Statuten oder Vertrag einen beherrschenden Einfluss ausübt.

#### Artikel 39 Ausnahmen

<sup>1</sup>Gehört eine Organisation zu einer Gruppe, deren konsolidierte Rechnung nach schweizerischen oder gleichwertigen ausländischen Vorschriften erstellt und geprüft worden ist, so muss sie eine konsolidierte Rechnung nur erstellen, wenn dies Anteilshaberinnen und Anteilhaber verlangen, die zusammen mindestens zehn Prozent des Kapitals oder der Stimmen vertreten.

<sup>2</sup>Diese Organisation muss jedoch die konsolidierte Rechnung der Gruppe nach den Vorschriften für die eigene Jahresrechnung bekannt machen.

#### Artikel 40 Konsolidierungskreis

<sup>1</sup>In die konsolidierte Rechnung sind die kontrollierten Organisationen einzubeziehen.

<sup>2</sup>Nicht in die konsolidierte Rechnung einzubeziehen sind Organisationen,

- a. an denen die juristische Person auf beschränkte Zeit, längstens zwei Jahre, beteiligt sein will;
- b. welche die juristische Person nur eingeschränkt beeinflussen kann.

#### Artikel 41 Regelwerke

<sup>1</sup>Bestandteile, Gliederung und Bewertungen der konsolidierten Rechnung folgen einem allgemein anerkannten Regelwerk wie den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung (FER), den International Accounting Standards (IAS) oder den Generally Accepted Accounting Principles der USA (US GAAP).

<sup>2</sup>Ein Regelwerk ist gesamthaft und für die ganze konsolidierte Rechnung zu übernehmen. Artikel 23 bleibt vorbehalten.

<sup>3</sup>Der Bundesrat kann auf dem Verordnungsweg einzelne Regelwerke ungeachtet der allgemeinen Anerkennung von der Anwendung ausschliessen. Er kann auch die Vorschriften, die auf die Erstellung der konsolidierten Rechnung anwendbar sind, gemäss allgemein anerkannten Grundsätzen selber erlassen.

Der von der Expertenkommission in einem Begleitbericht vom 29. Juni 1998 zuhanden des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements unterbreitete Vorentwurf unterschied sich in dreierlei Hinsicht wesentlich von Art. 663 e und 663 g OR: Erstens wurde ein rechtsformunabhängiger Ansatz vorgeschlagen, indem bei der Rechnungslegungspflicht (und nicht bei der Aktiengesellschaft) angesetzt wurde.

«Diese Ausdehnung ist begründet, weil bei Unternehmensgruppen eine vernünftige Beurteilung der wirtschaftlichen Lage unabhängig von der Rechtsform der «Muttergesellschaft» (d.h. jener Organisation, welche die anderen Unternehmen der Gruppe kontrolliert), nur mit Hilfe einer Konzernrechnung möglich ist.» [5]

Zweitens enthielt der Vorentwurf keine grössenabhängige Befreiungsmöglichkeit, was wie folgt begründet wurde: «Sind die Verhältnisse sehr «einfach», entfällt das Argument der grossen administrativen Belastung durch die Konsolidierungspflicht für die kleinen Unternehmensgruppen. Sind die

Verhältnisse dagegen trotz der relativ bescheidenen Grösse einer Unternehmensgruppe komplex und die Aufwendungen für die Konsolidierung eher gross, wird die Notwendigkeit einer konsolidierten Betrachtung der wirtschaftlichen Lage geradezu evident.» [6] Drittens wurde für alle Konzernrechnungen ein True-and-Fair-View-Regelwerk vorgeschrie-

*«Den fortschrittlichen,  
aber im Nachhinein zu ambitionierten  
Vorschlägen der Experten-  
kommission wehte ein rauer Wind  
entgegen.»*

ben. Den fortschrittlichen, aber im Nachhinein zu ambitionierten Vorschlägen der Expertenkommission wehte ein rauer Wind entgegen. Insbesondere wegen Befürchtungen des Gewerbes, dass die Bestimmungen nicht steuerneutral wären, ist der Vorentwurf nicht weiterverfolgt worden. Für die Zwecke des vorliegenden Aufsatzes sind die vorgeschlagenen Bestimmungen aber von grossem Interesse, weil sie zum Teil in ähnliche Weise in den Entwurf vom 21. Dezember 2007 eingeflossen sind.

## 2. REGELUNGEN DES GELTENDEN RECHTS

Es sei an dieser Stelle in Erinnerung gerufen, dass es nach den geltenden Bestimmungen zulässig ist, eine Konzernrechnung auf Basis der handelsrechtlichen Abschlüsse der einbezogenen Gesellschaften zu erstellen. Nach Meinung des *Schweizer Handbuchs der Wirtschaftsprüfung (HWP)* sind solche sog. Buchwertkonsolidierungen aber nur unter gewissen Voraussetzungen zulässig. Diese sind namentlich [7]:

→ Uneinheitliche Wertansätze sind als stille (Willkür-)Reserven zu betrachten. Deren Nettoauflösung ist im Anhang offenzulegen. → Die Darstellung muss gesetzlicher Mindestgliederung entsprechen. → Die Grundlagen und die Grundsätze ordnungsmässiger Rechnungslegung sind auch im Falle von Jahresrechnungen ausländischer Tochtergesellschaften eingehalten. → Konsolidierungsmassnahmen entsprechen den Grundsätzen ordnungsmässiger Rechnungslegung: Beteiligungen werden auf systematische Weise mit Eigenkapitalien verrechnet, konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten werden eliminiert ebenso wie entsprechende Erträge und Aufwendungen und wesentliche Zwischengewinne. → Währungsumrechnung der Einzelabschlüsse erfolgt systematisch. → Offenlegung von Abweichungen (inkl. Auswirkung auf stille Reserven). → Angabe im Anhang, dass kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird.

Es ist damit nicht möglich, die nach lokalen Vorschriften erstellten Einzelabschlüsse der Gesellschaften unbesehen zu übernehmen und darauf basierend eine Konzernrechnung zu erstellen. Vielmehr postuliert das HWP – mit Recht – ein systematisches Vorgehen einerseits bei der Konsolidierung selbst, andererseits im Hinblick auf eine gewisse Vereinheitli-

chung der Abschlüsse der einzubeziehenden Gesellschaften. Dies erfordert auch die Erhebung von stillen Willkürreserven und die Offenlegung im Falle einer wesentlichen Nettoauflösung. Bei Einhaltung dieser Voraussetzungen resultiert eine Konzernrechnung, die qualitativ mindestens den aktienrechtlichen Vorschriften für die Einzelgesellschaft entspricht – eine Forderung die sicher nicht vermessen ist, führt man sich den im ersten Abschnitt hergeleiteten Zweck einer Konzernrechnung vor Augen.

Im Übrigen wird die Haltung des HWP auch in juristischen Kreisen geteilt.

«Das Rechnungslegungsrecht von 1991 enthält trotz der flexiblen Regelung *mehr Schranken* gegenüber einer vollen Freiheit in der Konsolidierung, als man auf den ersten Blick annehmen konnte.» [8]

Zu den von Böckli als Schranken der Freiheit in der Konzernrechnung bezeichneten Voraussetzungen gehören vollständige, zweckmässige und auch in sich widerspruchsfreie Konsolidierungsregeln. Böckli weist weiter auf die Wichtigkeit des Grundsatzes der Einheitlichkeit hin. Es müssen in der Konzernrechnung die gleichen Bewertungsprinzipien zur Anwendung kommen, was einheitliche Kontenpläne und Kontierungsrichtlinien voraussetzt [9]. Entscheidend ist aber,

«dass die Gesellschaft an die von ihr einmal aufgestellten, vollständigen und in sich logischen, der Ordnungsmässigkeit genügenden *Konzernrechnungsregeln* dann auch *selbst gebunden* ist» [10].

Weicht sie davon ab, so muss sie dies im Anhang der Konzernrechnung angeben.» Diese Schranken verhindern ein Rosinenpicken, das nicht mit den Grundsätzen ordnungsmässiger Rechnungslegung von Art. 663 g Abs. 1 OR zu vereinbaren ist.

## 3. BEABSICHTIGTE REGELUNGEN (BOTSCHAFT VOM 21. DEZEMBER 2007) UND PARLAMETARISCHE BEHANDLUNGEN DERSELBEN

Ein erklärtes Ziel der vom Bundesrat Ende 2007 unterbreiteten Vorschläge war, das sachlich veraltete Rechnungslegungsrecht umfassend zu revidieren. Dazu gehörte auch eine moderne Konzernrechnungslegung, die – im Gegensatz zum Vorentwurf – eine grössenabhängige Befreiung von der Konsolidierung, gleichzeitig als Rechnungslegungsstandard aber auch eines True-and-Fair-View-Regelwerkes (sog. anerkannter Standard zu Rechnungslegung) vorsah:

### 5. Abschnitt: Konzernrechnung

#### Art. 963 Pflicht zur Erstellung

<sup>1</sup> Kontrolliert eine rechnungslegungspflichtige juristische Person eine oder mehrere weitere rechnungslegungspflichtige Unternehmen, so muss sie im Geschäftsbericht für die Gesamtheit der kontrollierten Unternehmen eine konsolidierte Jahresrechnung (Konzernrechnung) erstellen.

<sup>2</sup> Eine juristische Person kontrolliert ein anderes Unternehmen, wenn sie:

1. direkt oder indirekt über die Mehrheit der Stimmen im obersten Organ verfügt;
2. direkt oder indirekt über das Recht verfügt, die Mehrheit der Mitglieder des obersten Leitungs- oder Verwaltungsorgans zu bestellen oder abzuberufen; oder



3. aufgrund der Statuten, der Stiftungsurkunde, eines Vertrags oder vergleichbarer Instrumente einen beherrschenden Einfluss ausüben kann.

#### Art. 963 a Befreiung von der Pflicht zur Erstellung

1 Eine juristische Person ist von der Pflicht zur Erstellung einer Konzernrechnung befreit, wenn sie:

1. zusammen mit den kontrollierten Unternehmen zwei der nachstehenden Grössen in zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren nicht überschreitet:
  - a. Bilanzsumme von 10 Millionen Franken;
  - b. Umsatzerlös von 20 Millionen Franken;
  - c. 50 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt; oder
2. von einem Unternehmen kontrolliert wird, dessen Konzernrechnung nach schweizerischen oder gleichwertigen ausländischen Vorschriften erstellt und ordentlich geprüft worden ist.

<sup>2</sup> Eine Konzernrechnung ist dennoch zu erstellen, wenn:

1. dies für eine möglichst zuverlässige Beurteilung der wirtschaftlichen Lage notwendig ist; oder
2. ein Gesellschafter, Genossenschafter, 20 Prozent der Vereinsmitglieder oder die Stiftungsaufsichtsbehörde dies verlangt.

<sup>3</sup> Verzichtet eine juristische Person gemäss Absatz 1 Ziffer 2 auf die Erstellung einer Konzernrechnung für den Unterkonzern, so muss sie die Konzernrechnung des Oberkonzerns nach den Vorschriften für die eigene Jahresrechnung bekannt machen.

#### Art. 963 b Anerkannte Standards zur Rechnungslegung

Die Konzernrechnung muss nach einem anerkannten Standard zur Rechnungslegung erstellt werden. Art. 962 a Absätze 1–3 sind sinngemäss anwendbar.

Im Vergleich zum geltenden Recht enthält der Gesetzesentwurf eine erweiterte Pflicht zur Erstellung einer Konzernrechnung, indem analog zum Revisionsrecht ein rechtsformunabhängiger Ansatz gewählt wurde, der sich an der Rechnungslegungspflicht orientierte: Zusätzlich zur Aktiengesellschaft und GmbH sind damit neu von der Pflicht zur Erstellung einer Konzernrechnung auch Kommanditaktiengesellschaften, Genossenschaften, Vereine und Stiftungen als Obergesellschaft betroffen. Begründet wird diese Erweiterung dadurch, dass «bei Unternehmensgruppen eine vernünftige Beurteilung der wirtschaftlichen Lage stets nur mithilfe einer Konzernrechnung möglich» [11] ist – unabhängig von der Rechtsform.

Eine weitere wichtige Neuerung stellt das in Art. 963 Abs. 2 revOR enthaltene Kontrollprinzip dar. Es ist nicht mehr ausschlaggebend, ob die Kontrolle über ein anderes Unternehmen tatsächlich ausgeübt wird (sog. Leitungsprinzip), sondern die Möglichkeit, Beherrschung auszuüben. Das Kontrollprinzip liegt den entsprechenden Bestimmungen von beispielsweise Swiss GAAP FER oder IFRS zugrunde. Gleichzeitig stellen sich beim Leitungsprinzip kaum lösbare Abgrenzungsfragen.

Die wichtigste Änderung gegenüber dem geltenden Recht betraf den Rechnungslegungsstandard. Alle gesetzlich erforderlichen Konzernrechnungen hätten durch das Erfordernis der Anwendung eines anerkannten Standards zur Rechnungslegung ein den tatsächlichen Verhältnissen ent-

sprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt.

In den parlamentarischen Behandlungen sind drei aus Sicht des Autors grundlegende Bausteine der geplanten Modernisierung der Konzernrechnung angepasst worden:

1. Die *Grössenkriterien* (10/20/50) entsprachen denjenigen des 2007 eingeführten Revisionsrechts. Auch wenn mit Bilanzsumme und Umsatz zwei der Kriterien dem geltenden Recht entsprachen, wurden mit der Begründung der Entlastung der KMU von administrativen Kosten die Grössenkriterien auf CHF 20 Millionen Bilanzsumme, CHF 40 Millionen Umsatzerlös und 250 Vollzeitstellen erhöht. Als Folge davon werden in Zukunft weniger Unternehmen eine Konzernrechnung erstellen müssen.

### «Die Anwendung eines anerkannten Standards der Rechnungslegung wurde zum Ausnahmefall gemacht.»

nung erstellen müssen.

2. Das mit dem Revisionsrecht eingeführte Konzept der *Rechtsformunabhängigkeit* stiess auf Widerstand. Insbesondere von Genossenschaftsseite wurde angeführt, dass es oft nicht sachgerecht sei, eine Konsolidierung auf Stufe der Genossenschaft zu verlangen, weil die Obergesellschaft nicht die Konzernleitung wahrnehme, sondern andere Zwecke verfolge (beispielsweise Repräsentation verschiedener Interessengruppen). Die Bestrebungen tätigten Erfolg, indem das revidierte Rechnungslegungsrecht die Möglichkeit vorsieht, die Pflicht zur Erstellung der Konzernrechnung unter gewissen Voraussetzungen an ein kontrolliertes Unternehmen zu übertragen.

3. Schliesslich wurde die Anwendung eines anerkannten *Standards der Rechnungslegung* zum Ausnahmefall gemacht, indem nur noch kotierte Unternehmen, Grossgenossenschaften und ordentlich zu prüfende Stiftungen ein True-and-Fair-View-Regelwerk anwenden müssen. Alle übrigen gesetzlich erforderlichen Konzernrechnungen sind nach Massgabe der Grundsätze ordnungsmässiger Rechnungslegung zu erstellen.

#### 4. WÜRDIGUNG DER BESTIMMUNGEN DES REVIDIERTEN RECHNUNGSLEGUNGSRECHTS

Werden die Bestimmungen des revidierten Rechnungslegungsrechts an den Zielen der Botschaft vom 21. Dezember 2007 gemessen, muss festgehalten werden, dass die Modernisierung der Bestimmungen zur Konzernrechnung gescheitert ist. Damit ist aber noch nichts gesagt, über den Gehalt der voraussichtlich am 1. Januar 2013 in Kraft zu setzenden Bestimmungen. Ein Fazit fällt aber auch hier gemischt aus:

In Bezug auf die *Grössenkriterien* kann festgehalten werden, dass in der Schweiz die statistischen Grundlagen ebenso wie wissenschaftliche Untersuchungen fehlen, die eine auf Fakten abgestützte Diskussion der geeigneten Kriterien erlaubt hätte. Im Verlauf der parlamentarischen Behandlungen wurden von Interessengruppen denn auch Zahlenmaterial und Kostenschätzungen präsentiert, die jeglicher seriöser

Grundlagen entbehrten. Umso erstaunlicher ist es allerdings, dass das Parlament die Grössenkriterien gegenüber den heute geltenden Bestimmungen stark erhöht hat. Aus Sicht des Autors wäre eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung vonnöten gewesen, welche die vermeintlich eingespar-

nung verpflichtet werden sollen. Auch wenn nicht zuletzt vom Autor selbst<sup>[12]</sup> ein Missbrauchspotenzial<sup>[13]</sup> ausgemacht wurde im Zusammenhang mit der Übertragung der Pflicht zur Erstellung einer Konzernrechnung, scheinen bei der Übertragung einigermaßen hohe Anforderungen zu bestehen (wie von Zihler anschaulich dargelegt<sup>[14]</sup>).

Schwer nachvollziehbar hingegen ist der Entschluss des Parlaments gegenüber dem Entwurf die Anforderungen an die Rechnungslegung zu reduzieren bei einer gleichzeitig starken Erhöhung der Grössenkriterien. Werden die bereits heute geltenden Einschränkungen und Voraussetzungen an eine nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Rechnungslegung erstellte Konzernrechnung berücksichtigt, relativiert sich die Enttäuschung über das Wegfallen des anerkannten Standards zur Rechnungslegung allerdings ein wenig: Gelangen in sich geschlossene, widerspruchsfreie Konsolidierungsregelungen zur Anwendung, verkommt die Erstellung einer Konzernrechnung nicht zur Alibiübung, sondern erlaubt mindestens die Darstellung der wirtschaftlichen Lage dergestalt, dass sich Dritte darauf basierend ein zuverlässiges Urteil bilden können. Die Buchwertkonsolidierung wird daher (zumindest zahlenmässig) weiterhin den Normalfall darstellen. ■

### «Die Buchwertkonsolidierung wird (zumindest zahlenmässig) weiterhin den Normalfall darstellen.»

ten Kosten der Erstellung und Prüfung beispielsweise den zunehmenden Debitorenausfällen gegenübergestellt hätte (für Letzteres gibt es erste Indizien, indem sich ein Zusammenhang zwischen Revisionsart und Konkurshäufigkeit abzeichnet).

Der rechtsformunabhängige Ansatz der Konsolidierungspflicht scheint in sich selbst widersprüchlich zu sein. Es sind neu mit Stiftungen und Vereinen juristische Personen betroffen, die nach Ansicht von Juristen nicht als Rechtsform qualifizieren, welche die Konzernleitung überhaupt beanspruchen können. Wenn dem tatsächlich so ist, hätten ebendiese Rechtsformen nicht gesetzlich zur Erstellung einer Konzernrechnung verpflichtet werden sollen.

### «Es müssen in der Konzernrechnung die gleichen Bewertungsprinzipien zur Anwendung kommen, was einheitliche Kontenpläne und Kontierungsrichtlinien voraussetzt.»

### «Werden die Bestimmungen des revidierten Rechnungslegungsrechts an den Zielen der Botschaft vom 21. Dezember 2007 gemessen, muss festgehalten werden, dass die Modernisierung der Bestimmungen zur Konzernrechnung gescheitert ist.»

**Anmerkungen:** 1) Botschaft über die Revision des Aktienrechts vom 23. Februar 1983, 83.015, S. 4. 2) Botschaft über die Revision des Aktienrechts vom 23. Februar 1983, 83.015, S. 73. 3) Sinngemäss hätte der Abschluss der Muttergesellschaft in verkürzter Form dargestellt werden können, wenn eine Konzernrechnung erstellt worden wäre. 4) Botschaft über die Revision des Aktienrechts vom 23. Februar 1983, 83.015, S. 75. 5) Expertenkommission «Rechnungslegungsrecht», Revision des Rechnungslegungsrechts, Vorentwürfe und Begleitbericht zu einem Bundesgesetz über die Rechnungslegung und Revision (RRG) und zu einer Verordnung über die Zulassung von Abschlussprüfern (VZA) vom 29. Juni 1998 zuhanden des

Eidg. Justiz- und Polizeidepartements, S. 138. 6) Expertenkommission «Rechnungslegungsrecht», S. 139. 7) Schweizer Handbuch der Wirtschaftsprüfung (HWP), 2009, Band 1, Teil V, S. 380. 8) Peter Böckli, Schweizer Aktienrecht, 4. Auflage, 2009, § 9, N 57. 9) Peter Böckli, Schweizer Aktienrecht, 4. Auflage, 2009, § 9, N 64. 10) Peter Böckli, Schweizer Aktienrecht, 4. Auflage, 2009, § 9, N 78. 11) Botschaft über die Änderung des Obligationenrechts (Aktien- und Rechnungslegungsrecht sowie Anpassungen im Recht der Kollektiv- und der Kommanditgesellschaft, im GmbH-Recht, Genossenschafts-, Handelsregister- sowie Firmenrecht) vom 21. Dezember 2007, S. 1723. 12) Interview mit Reto Eberle, <http://www.accountingund>

[controlling.ch/accounting/revision-des-rechnungslegungsrechts-%e2%80%93-diskussionen-zum-konsolidierungskreis-teil-1/](http://controlling.ch/accounting/revision-des-rechnungslegungsrechts-%e2%80%93-diskussionen-zum-konsolidierungskreis-teil-1/) (abgerufen am 27.9.2012). 13) Reto Eberle, so zitiert in Beitrag «Zurück ins Enron-Zeitalter», NZZ am Sonntag, 1. Mai 2011, S. 33, und in Medienmitteilung «Experten sind unzufrieden mit neuem Rechnungslegungsrecht» der Schweizerischen Depeschagentur, 15. Dezember 2012. 14) Florian Zihler, Die Konzernrechnung gemäss zukünftigem Rechnungslegungsrecht – Ein besonders umstrittener Bereich der parlamentarischen Detailberatung, in: Der Schweizer Treuhänder 2012/5, S. 284–290.